

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 159. Ratssitzung vom 9. Januar 2013

3473. 2012/452

Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Andreas Edelmann (SP) vom 05.12.2012: Gründung eines neuen Verbandes der fortschrittlichen Elektrizitätswerke zur raschen Umsetzung der Energiewende

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3380/2012): Während das ewz sich für eine Energiewende ausspricht, hängt der VSE noch immer der AKW-Strategie nach. Das ewz hat durch die Mitgliedschaft zwar die Möglichkeit, seine eigene Pro-Energie-Wende dort einzubringen, jedoch befindet es sich immer in der Minderheit beim VSE. Der Stadtrat soll deshalb die Option prüfen, einen alternativen Verband zu gründen. Damit könnte auch Druck von aussen ausgeübt werden.

Heinz Schatt (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. Dezember 2012 gestellten Ablehnungsantrag: Laut den Grünen ist der VSE in Ordnung, vertritt aber leider nicht die reine, grüne Ideologie. Die vielfach beschworene Energiewende ist aber nicht so schnell realisierbar und wird nicht wahrer, wenn man sie immer wieder wiederholt. Die ideale Welt kann nicht nur mit erneuerbarer Energie geschaffen werden. Die Mitgliedschaft beim VSE reicht vollkommen aus.

Weitere Wortmeldungen:

Gian von Planta (GLP): Der VSE ist dominiert von den Überlandwerken und die sind geprägt durch die Atomlobby. Das ist spürbar in der Arbeit vom VSE. Die Gründung eines neuen Verbandes ist aber nicht zielführend. Insbesondere deshalb nicht, weil das, was gefordert wird, heute schon existiert. Wir haben mit Swissspower schon einen Verband, der sich für den Atomausstieg ausspricht und durch fortschrittliche Stadtwerke gebildet ist. Das ewz war dort Mitglied und trat aus, weil die Swissspower sehr viele Dienstleistungen anbietet, die das ewz nicht braucht. Die Swissspower hat daraus gelernt und sich in vier Gesellschaften aufgeteilt. Die eigentliche Hauptgesellschaft, die sich politisch engagiert, ist neu separat. Das ewz soll sich dort doch wieder einbringen, wenn es sich im VSE nicht durchsetzen kann. Wir beantragen deshalb eine entsprechende Textänderung.

Alexander Jäger (FDP): Einen zweiten Verband braucht es nicht. Der VSE hat politisch nicht soviel zu melden. Der Bund wird demnächst über die Energiestrategie 2050 entscheiden, in diese Richtung muss dann auch der VSE hinarbeiten.

2 / 2

Dr. Martin Mächler (EVP): Die Stadt kann das machen, wenn es um den eigenen Energieverbrauch geht. Dass sie einen neuen Verband gründet, ist nicht sinnvoll. Wir können die Energiewende nicht allein herbeiführen, das muss schweizweit passieren. Deshalb müsste so etwas im grösseren Stil passieren. Die Textänderung finden wir hingegen interessant.

Helen Glaser (SP): Wir nehmen die Textänderung nicht an. Wir wissen vom ewz, dass es nicht zurück zur Swispower will. Ich bitte sie deshalb um Unterstützung des Postulats.

Roger Tognella (FDP): Der VSE hat aufgerüstet in der Frage, wie man jungen Leuten den Energieverbrauch näher bringt. Es gibt aber auch gute Gründe, warum man die Textänderung nicht gutheissen kann. Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen einem Verband wie dem VSE und einer Vertriebsgesellschaft wie der Swispower. In Sachen Energiedienstleistungen – die das ewz wie auch die Swispower anbieten – geht es kartellrechtlich nicht, dass man irgendwo mitwirkt, wo man sich konkurrenziert.

Christian Traber (CVP): Die Grünen fordern keinen Austritt aus dem VSE, sondern eine Ergänzung. Nichtsdestotrotz lehnen wir den Vorstoss ab. Wir tragen die Sachen mit, die das Stadtzürcher Volk beschliesst und auf eidgenössischer Ebene unsere Bundesrätin vorschlägt. Der VSE muss sich kurz- und mittelfristig sowieso wandeln, deshalb benötigt es keinen neuen Verband.

Bernhard Piller (Grüne): Der VSE ist ein Monopolverband. Ich kann nicht verstehen, dass die FDP sich gegen einen Konkurrenzverband ausspricht, der den Markt beleben würde. Dem Textänderungsantrag können wir nicht zustimmen, die Forderung ist sachfremd. Es geht darum einen politischen Lobbyverband zu gründen und nicht um eine Vermarktungsplattform. Die Swispower ist eine Aktiengesellschaft, das ist etwas völlig anderes, als wir wollen.

Das Postulat wird mit 56 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat